



Vierteljähriger Monatsheft. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den
Raum einer sechsteiligen Petit-Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erschien: Herrenfrage Nr. 29. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 38. Mittag-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 23. Januar 1879.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

34. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Januar.

11 Uhr. Am Ministerialtheater Leonhardt und mehrere Commissarien.

Die Staatsverträge mit verfeindeten Staaten über die Begründung von Gerichtsgemeinschaften werden auf den Antrag Löwenstein's in zweiter Berathung en bloc genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs einer Hinterlegungsordnung. Hierzu beantragt Köhler (Göttingen) die zusätzliche Bestimmung: daß Amtsgericht soll die nach der Vormundschaftsordnung in Verwahrung zu nehmenden Wertpapiere und kostbarkeiten des Mündels auf Antrag des Vormundes, der die Hinterlegung nicht wünsche, in Verwahrung nehmen und behalten; die Verwahrung solle mit Rücksicht auf den Werth der Gegenstände und die unzulängliche Beschaffenheit der vorhandenen Räumlichkeiten abgelehnt werden können.

Bähr (Kassel) beantragt zu denjenigen Fällen, welche eine vorläufige Verwahrung dringend machen, auch denjenigen hinzusezzen, wenn der Vormund die vorläufige Verwahrung in Gemäßheit des § 60 der Vormundschaftsordnung verlangt.

Köhler (Göttingen) bittet, über den Gesetzesentwurf, nach Berathung der Anträge, en bloc abzustimmen. Nach der Vorlage sollen die Gerichte von dem Depositalmessen entlastet werden, es sollen jedoch in geeigneten Fällen Ausnahmen stattfinden. Die in der Vorlage angegebenen reichen nicht aus, um den praktischen Bedürfnissen gerecht zu werden. Ihnen würde durch die Annahme meines Antrages genügt werden.

Hauder: Der Antrag Köhler ist bereits in der Commission mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt worden, indem die Commission mit der Regierung einverstanden war, daß das Hinterlegungsmaßnahmen einheitlich geregelt werden müsse, und einzelne Provinzen der Monarchie eine gerichtliche Hinterlegung gar nicht kennen. Die Gerichte sollen von dem überflüssigen Verwaltungs- und Verwahrungsbeamten befreit werden. Die durch die Vormundschaftsordnung zugelassene Hinterlegung ist nur eine vorläufige Verwahrung, während der Antrag Köhler eine definitive Verwaltung einführen will, bei der die Durchführung, Controle und Verantwortlichkeit dem Gerichte zufallen soll.

Geb. Justizrat Herz: Gegenwärtig besteht nur in einzelnen Landesteilen eine Depositalverwaltung bei den Amtsgerichten, größtentheils haben eine solche nur die Collegialgerichte. In anderen Bezirken sind die Gerichte überhaupt mit Depositalgeldern nicht befasst. Der vorliegende Antrag macht bei jedem Amtsgericht die Einrichtung einer förmlichen Depositalverwaltung erforderlich und belastet den Richter mit Geschäften, die seiner eigentlichen Thätigkeit fremd sind. Gleichzeitig würde eine erhebliche Mehrausgabe notwendig werden. Hinsichtlich der Mündelgelder hat das Gericht nichts weiter zu thun, als die geldwerten Papiere an die Hinterlegungsstellen zu schicken. Nach dem Entwurf ist die gerichtliche Verwahrung nur ein Notbehelf in dringenden Fällen, während sie nach dem Antrage für Mündelgelder — die Mehrzahl aller Fälle — die Regel sein soll. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Windthorst (Meppen): Die Verurteilung des Antrages würde eine große Unzufriedenheit hervorrufen. Nach der Erfahrung, die wir in Hannover mit der Depositalverwaltung der Amtsgerichte gemacht haben, hat sich das Publikum durchaus an diese Verwaltung gewöhnt. Das Prinzip, die Gerichte ganz und gar von der Verwaltung zu befreien, läßt sich nicht einmal bei den höheren Gerichten ganz durchführen, bei den Amtsgerichten ist es unzureichend, weil diese Gerichte nicht allein rechtsprechende Behörden sind.

Wächter: Der Antrag will der Provinz Hannover eine Einrichtung erhalten, welche seit längerer Zeit besteht. Wird er angenommen, so müßte eine vollständige Verwaltung bei den einzelnen Gerichten eingeführt werden. Sind die Fälle der Untreue bei den Vormündern so häufig, daß ein allgemeines Mittel dagegen getroffen werden muß, so würde eine Abänderung des betreffenden Paragraphen der Vormundschafts-Ordnung angezeigt sein.

Köhler (Göttingen): Die Provinz Hannover soll die Freiheit haben, nach ihrer Fazit fertig zu werden. Wenn man für sie Einrichtungen treffen will, welche auf sie nicht passen, so arbeitet man denen in die Hände, die die Anmerkung für ein Unglück halten. Die bisherigen Einrichtungen bei den Gerichten werden auch für die nach meinem Antrage stattfindende Verwaltung ausreichen.

Abg. Löwenstein: Die vorhandenen Räumlichkeiten und Einrichtungen sind bloß für eine vorläufige Verwahrung, nicht aber für eine eventuell 21 Jahre dauernde Verwaltung berechnet.

Hierauf wird der Antrag Köhler abgelehnt, der Antrag Bähr dagegen angenommen.

Windthorst (Meppen): Ich widerspreche der Enblöck-Abstimmung nicht, erkläre mich aber gegen den ganzen Gesetzesentwurf, weil hier eine unzuständige Vermengung des Depositalvermögens mit dem Staatsvermögen bestätigt wird, während bisher wenigstens eine getrennte Verwaltung und Rechnungslegung stattgefunden hat.

Hammacher erwirbt, daß solche Beschränkung nach der jetzigen Fassung des Entwurfs und den in demselben getroffenen Garantien nicht mehr bestreikt sei; die Controle und die Art der Verwendung unterliege nach den Commissionsbeschlüssen der Staatschuldenverwaltung.

Hierauf wird der Gesetzesentwurf nach der Fassung der Commissionsbeschlüsse genehmigt.

Abg. Meyer (Breslau) beantragt, die Staatsregierung aufzufordern, durch Verhandlungen mit dem Reichsbankstalter darauf hinzuwirken, daß die Reichsbank sich bis zu dem Tage, an welchem die Hinterlegungsordnung in Kraft tritt, der Aufbewahrung und Verzinsung der Depositalgelder in der bisherigen Weise unterziehe. Die Reichsbank, welche mit der Depositalfasse in keinem direkten Zusammenhang mehr steht, habe den Vormündern die für die Mündel deponierten Gelder zum 1. April gefündigt. Hierdurch würden die Vormünder in die unangenehme Lage versetzt, innerhalb einer kurzen Zeit zunächst für die Anlage der von der Reichsbank zurückerhaltenen Gelder und dann für deren Überführung nach den Hinterlegungsstellen zu sorgen. Die Reichsbank werde auf die desfallsigen Verhandlungen jedenfalls eingehen.

Geb. Rath Dahlke: Thatsächlich werden die Mündelgelder im Sinne des Antrags Meyer von der Reichsbank nicht mehr verwahrt; diese Gelder sind in vollem Umfang zurückgezahlt worden. Die Reichsbank hat nur noch mit der Depositalfasse in Köln Verbindung; die betreffenden Gelder sind aber Judicial- und nicht Papillargelder.

Hammacher: Dem Antrage Meyer liegt ein Mißverständnis zu Grunde. Wenn die Vormünder das Vermögen der Mündel bei der Reichsbank angelegt haben, so ist das eine reine Privat-Angelegenheit der Vormünder selbst. Dieses Verhältnis hat mit der Hinterlegungsordnung gar nichts zu schaffen.

Meyer (Breslau): Mein Antrag will sich eben dieser Vormünder, welche die Mündelgelder dort angelegt haben, annehmen.

Löwenstein: Auch so ist der Antrag nicht gerechtfertigt, denn die Hinterlegungsordnung hat es nicht mit Geldern, sondern nur mit Pretiosen und geldwerten Papieren zu thun.

Der Antrag Meyer wird hierauf abgelehnt.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs eines Ausführungsgegesetzes zur deutschen Civilprozeßordnung, dessen Enblöck-Annahme Löwenstein beantragt.

Zum § 2 der Vorlage, welcher bestimmt, daß die zulässige Verurteilung auf den Rechtsweg gegen nicht richterliche Entscheidung nur durch Erhebung der Klage (d. h. Zustellung derselben an den Verlagten) erfolgt, beantragt die Commission ein zweites Alinea, nach welchem die Frist zu dieser Verurteilung schon durch bloße Anbringung der Klage bei Gericht gewährt wird, selbst wenn die Zustellung nach Ablauf der Frist erfolgt, sofern dies nur 2 Wochen nach Anbringung der Klage geschieht.

Geb. Rath Kurlbaum II. bekämpft diesen Antrag. Die in den Landesgelehen zur Verurteilung auf den Rechtsweg gewährten Fristen sind mit Ausnahme der in der Geldpolizeiordnung angeordneten 10-tägigen, sämtlich

sich geräumig gennig. Das Prinzip, daß die Frist durch Anbringung der Klage bei Gericht gewährt wird, liegt diesen Gesetzen allerdings zu Grunde; nur in der Rheinprovinz und in Hannover war bisher Zustellung der Klage erforderlich. Der Antrag der Commission soll aber nach ihren Ansicht auch reichsgesetzliche Fristen betreffen, z. B. die im § 108 der Gewerbeordnung. Das Alinea 2 enthielt also eine unzulässige Verlängerung dieser Fristen. Seine Anwendung in der Praxis würde in den Berechtigten die Vorstellung erwecken, als würde eine jede Prädikativfrist durch Anbringung der Klage bei Gericht gewährt. Da bei den Verjährungsfristen aber dasselbe Prinzip herrscht, daß sie nur durch Zustellung der Klage gewährt werden, und hier ein Bedürfnis zur Verlängerung der oft sehr kurzen Fristen nicht empfunden wurde, so kann auch für das Alinea 2 ein Bedürfnis nicht vorhanden sein.

Kreh: Das Alinea 2 ist allerdings nur von Bedeutung, wenn es auch reichsgesetzliche Fristen betrifft. Diese würden aber ohne das Alinea 2 durch das an sich berechtigte Alinea 1 wider den Willen des Gesetzgebers gekürzt, denn es soll den Leuten die gesamte Frist zu Gebote stehen, um sich zu überlegen, ob sie den Rechtsweg betreten. Von dieser Zeit gehen aber nach Alinea 1 die 4—5 Tage av, welche die Zustellung der Klage erfordert. Die Rechtsgezege bestimmen nicht, was unter Berufung auf den Rechtsweg zu verstehen; deshalb müssen wir sie in ihrem Sinne interpretieren.

Justizminister Leonhardt: Wenn das Prinzip des Alinea 2 richtig wäre, so müßten Sie es auch auf alle übrigen Prädikativfristen anwenden. Das widerspricht aber dem im Alinea 1 festgehaltenen Prinzip der Reichsgesetze, daß nur die Zustellung der Klage die Wirkungen der Klageanstellung hat. Sie würden also mit dem Alinea 2 erfolglos gegen die Reichsgesetze eine Erweiterung der Fristen beobachten und für die Landesgesetze wäre es wertlos. Ich bitte deshalb, es abzulehnen.

Löwenstein bittet, den Absatz 2 abzulehnen, weil der preußische Richter ihn doch auf Reichsgesetze nicht anwenden könne. Die Reichsgesetzegebung müsse eine solche Bestimmung treffen.

Windthorst (Melle) ist aus demselben Grunde gegen das Alinea 2, wenn man nicht in demselben die Anwendung auf Reichsgesetze ausdrücklich ausdrückte.

Bähr (Kassel): Wenn der Absatz 2 die Reichsgesetze tangiert, so thut dies auch der Absatz 1, denn dieser ist eine Interpretation dessen, was die Reichsgesetze unter "Berufung auf den Rechtsweg" verstehen. Das Prinzip, daß nur durch Zustellung der Klage eine Frist gewährt werde, ist in der Rechtscivilprozeßordnung selbst durchbrochen, z. B. in den Paragraphen 119 und 213, in welchen Ueberreichung des Gesuchs an den Richter entscheidet. Ohne den Absatz 2 werden die Fristen in unbilliger Weise gekürzt.

Windthorst (Melle): Wenn wir den Absatz 2 ablehnen, müssen wir den ganzen Paragraphen streichen, da seine Anwendung auf Landesgesetze verhältnismäßig sehr gering ist. Die Reichsgesetze haben ihre Fristen mit Rücksicht auf das früher geltende Recht angeordnet, nach welchem man die Klage bei Gericht einreichen, oder bei der Verwaltungsbehörde selbst die Berufung auf den Rechtsweg anmelden konnte. Dieser zweite Weg ist durch Alinea 1 abgeschlossen.

Geb. Rath Kurlbaum: Die §§ 119 und 213 der Rechtscivilprozeßordnung betreffen nur singuläre Fälle, enthalten also keine Durchbrechung des allgemeinen Prinzips. Die Anmeldung der Berufung auf den Rechtsweg fällt von selbst weg, weil ihr nicht, wie früher, ein mündliches Verfahren vor dem Richter unmittelbar folgen kann.

Fiebiger: Die Bestimmung des Absatz 1 legt die Entscheidung darüber, ob der Rechtsweg betreten wird, in die Hände des Beamten, der die Zustellung besorgt. Dem wird durch Absatz 2 vorgebeugt.

Nachdem der Referent vorzweckt den Antrag der Commission nochmals empfohlen, wird derfelbe angenommen.

Der Justizminister erklärt auf eine Anfrage des Abg. Windthorst-Melle, daß die Regierung gegen die übrigen Abänderungen der Commission nichts zu erinnern hat.

Die Vorlage wird hierauf nach den Beschlüssen der Commission en bloc angenommen; desgleichen ein Antrag der Commission, die Regierung aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die neben den Reichs-Prozeßgesetzen in Gültigkeit bleibenden Vorschriften der allgemeinen Gerichtsordnung für die preußischen Staaten zusammengestellt und dem Bedürfnis entsprechend umgearbeitet werden.

Das Haus nahm in zweiter Berathung den Gesetzentwurf zur Ausführung der Concursordnung, ohne Debatte en bloc an und ging sodann über zur zweiten Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

§ 9, der von der Eintragung in das Grund- und Hypothekenbuch nach Erteilung des Beschlages handelt, wird mit einem unerheblichen, durch naßsaubere Verhältnisse bedingten Antrag Petri's angekommen.

v. Cuny beantragt einen neuen § 12b, wonach im Geltungsbereich der Substaationsordnung vom 15. März 1869 die Bietungscitation den zehnten Theil des Gebotes befragen werden soll.

Referent Fiebiger weiß darauf hin, daß namentlich werthvolle Baustellen in Berlin nur wenige Groschen als Grundsteuerreinertrag geben und daß nach den jetzigen Bestimmungen der vierfache Betrag derselben, also ebenfalls sehr wenig als Bietungscitation erforderlich ist. Durch Vorschreibung insolventer Bieter werde auf diese Weise die Substaation zum Schaden der Gläubiger oft bereitstellt. Jedoch im Hinblick auf die von der Regierung in Aussicht gestellte neue Substaationsordnung habe die Commission von der Aufstellung solcher materieller Bestimmungen abgesehen.

Geb. Rath Kurlbaum II. wiederholt das Versprechen auf baldige Vorlegung einer einheitlichen Substaationsordnung für die ganze Monarchie. Die Commission habe den Uebelstand zwar anerkannt, dem der Antrag Cuny abhelfen wolle, aber denselben zur gesetzlichen Regelung nicht reif gehalten, weil gleichzeitig mit ihm manche andere Bestimmungen, die jetzt in Geltung sind, geändert werden müssten. Von diesem Gesichtspunkte bittet er um Ablehnung des Antrages.

Abg. Horwitz erkennst die Gründe des Borredners an, bittet aber das Verprechen einer neuen Substaationsordnung bald einzulösen. Der Mißstand in Berlin sei ein schreiner. Von 1554 nothwendigen Substaationen des Geschäftsjahrs 1878 hätten beim Stadtgericht 25 Prozent Bauteileinsatzversprechen. Und vielfach sei hierbei durch die vom Referenten geschaffenen Manipulationen durch niedrige Bietungscitationen den Hypothekeninhabern durch Aufsammung von Kosten ein erheblicher Schaden zugefügt worden.

Nachdem sich auch Schröder (Lippstadt) in diesem Sinne ausgesprochen hat, wird der Antrag Cuny abgelehnt und auf den Antrag Löwenstein's die Vorlage en bloc angenommen.

Die Commission beantragt ferner folgende Resolution: Das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß die Staatsregierung dem Landtage der Monarchie, wenn möglich schon in der nächsten Session, einen Gesetzentwurf vorlegen werde, durch welchen die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, einschließlich des mit derselben verbundenen Aufgabens- und Vertheilungsverfahrens, in thunlichster Übereinstimmung für sämtliche Landesteile neu geordnet werde.

Das Haus genehmigt dieselbe ohne Debatte und nimmt endlich auch en bloc den Gesetzentwurf an, betreffend die Zwangsvollstreckung gegen Benefizialerben und das Aufgebot der Nachlaßgläubiger im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Antrag Heermann.) — Für die Fortsetzung der Berathung über das technisch-Unterrichtsweise nimmt der Präsident für Donnerstag eine Abendsitzung in Aussicht.

Berlin, 22. Januar. [Amliches.] Se. Majestät der König hat den vortragenden Rath im Staatsministerium, Geheimen Regierungs-Rath Freiherrn von Wangenheim zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath ernannt; der von der Stadtverordnetenversammlung zu Crefeld getroffenen Wahl gemäß, den Kaufmann W. Jentges, den Kaufmann C. A. Neubaus, den Rentner und Gutsbesitzer Broderhof und den Kaufmann E. de Greiff, sämtlich zu Crefeld, als unbesoldete Beigeordnete der Stadt Crefeld für die geistliche sechsjährige Amtsduer bestätigt und dem Kaufmann Hugo Pringsheim zu Berlin den Charakter als Commerzien-Rath verliehen.

Der Referent Georg Heinrich Adolf Alfons Maria Steinle zu Frankfurt a. M. ist zum Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichts bestellt ernannt worden.

Berlin, 22. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute den Vortrag des Geheimen Civil-Cabinets entgegen und empfingen in besonderer Audienz den Ober-Präsidenten der Provinz Westpreußen, Staatsminister Achenbach, den Vorsitzenden des Communal-Landtages der Kurmark, von Rochow-Plessow, und den Commandeur des 9. Jäger-Bataillons, Oberst-Lieutenant von Kropff.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 11½ Uhr militärische Meldungen entgegen und erhellte dem Dr. Berthold Auerbach Altenburg. Später begab sich Se. Kaiserliche Hoheit zu St. Majestät dem Kaiser und König.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 159. Königl. Preuß. Klasse-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthen beigefügt.)

Berlin, 22. Jan. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

18	58	(300)	102	7	36	58	201	(300)	34	55	61	337	569	71	72	640
760	(300)	824	50	906	25	47	1130	83	270	89	300	92	93	545	78	
643	783	91	93	801	20	45	69	78	954	70	2024	48	65	104	(300)	49

433 537 602 4 76 786 826 919 21 (600) 36 14,025 33 (15,000) 56
 90 (1500) 92 156 219 335 497 500 11 23 55 64 602 707 9 32 79
 836 45 47 75 900 21 48 15,043 164 287 336 83 (1500) 92 438
 539 73 616 53 717 82 (300) 88 93 873 91 96 942 57 16,228 525
 (300) 27 606 82 (300) 85 719 (300) 42 800 (300) 23 (150°) 90 (600)
 900 87 (300) 17,002 53 71 97 107 23 253 60 332 86 58 561 618
 86 789 819 92 18,080 93 183 217 74 80 351 69 (600) 40 24 67
 77 513 24 26 (1500) 37 54 (600) 67 74 682 710 83 813 19 76 (3000)
 84 948 (300) 92 19,051 (1500) 225 93 333 54 (2000) 91 406 67 82
 517 (1500) 22 673 721 23 38 (1500) 829 993.

20,039 47 57 116 213 63 338 485 54,5 72 (300) 663 727 52
 88 801 51 73 924 35 39 (3000) 21,008 2,12 13 20 (150) 310 12 24
 97 (3000) 491 (600) 706 40 60 840 93,5 31 47 (300) 60 22,017 54
 155 336 49 96 420 33 70 504 42 6,7 67 76 616 35 42 56 720 34
 86 89 919 23,052 60 207 12 59 71 328 401 15 (90,000) 63 91 535
 635 202 27 56 92 (600) 957 24,058 76 96 99 123 57 58 80 90 328
 31 35 51 74 437 42 73 75 575 77 662 755 58 89 846 25,025 104
 307 20 65 470 99 524 42 (300) 58 71 (300) 681 818 (15,000) 63
 955 26,004 33 63 112 96 222 92 98 303 (300) 472 814 44 47 98
 900 27,009 95 156 219 (1500) 336 424 57 81 503 43 92 629 39
 44 831 (3000) 959 71 28,136 54 243 319 (300) 407 28 88 (300)
 528 (3000) 605 10 36 711 16 24 (300) 43 76 92 839 29,067 85 (300)
 131 74 267 364 80 94 (3000) 95 (1500) 448 62 560 603 25 55
 707 18 812.

30,073 91 105 22 (300) 33 60 (3000) 85 231 44 91 352 88 92
 (300) 516 (600) 75 693 901 4 31 45 31,000 50 88 (300) 121 37 61
 206 86 93 331 470 518 48 93 676 794 835 44 53 906 18 85 88
 32,053 226 70 303 12 (300) 434 38 513 88 90 644 96 (300) 754
 802 63 69 78 918 85 33,013 49 89 (600) 112 (1500) 21 47 202 10
 15 30 79 83 304 18 (300) 59 441 515 (300) 608 38 89 (600) 828 60
 86 907 64 34,005 100 (600) 80 (3000) 205 (300) 45 68 80 318 423
 44 68 (300) 88 549 (6000) 616 25 96 700 4 (600) 78 285 97 35,118
 54 78 (1500) 94 202 83 91 (1500) 364 (600) 405 26 41 523 95 694
 91 711 93 806 33 95 935 63 (1500) 74 36,022 40 80 94 111 39
 215 55 63 (300) 65 90 320 21 (600) 30 61 64 (600) 92 439 588 82 90
 (6000) 615 19 42 (300) 45 724 40 48 818 67 938 37,020 33 55 70
 79 (300) 102 16 59 61 65 254 304 25 63 446 73 509 22 30 33 683
 835 85 917 (300) 38,024 225 34 436 66 88 92 512 28 43 629
 742 66 (300) 71 (300) 91 93 98 846 49 902 6 68 39,071 111 40
 357 77 452 (300) 72 (600) 502 43 46 (300) 52 693 (600) 98 716 35
 50 93 810 63 71 (1500) 932 (300).

40,013 82 95 107 46 53 96 227 95 456 64 533 (300) 35 609
 10,84 (600) 95 735 (600) 42 880 (600) 907 34 (600) 41,011 79 156 237 304
 516 27 42 (3000) 47 51 (600) 83 637 44 984 92 42,006 76 111 12
 216 (3000) 391 92 613 (300) 36 49 714 856 934 (300) 46 99 43,092
 162 363 (3000) 445 86 524 (300) 27 45 61 617 (300) 41 793 887
 (600) 50 55 59 943 (300) 44 94 44,014 40 91 111 57 70 80 234 83
 305 36 485 91 516 23 61 (600) 600 89 93 749 808 42 (600) 58 86
 950 45,010 43 53 65 87 114 205 20 79 378 79 81 95 460 72 78
 94 572 617 725 35 49 997 46,010 53 77 106 44 53 (600) 86 314
 49 53 58 86 419 61 777 820 47 63 78 916 31 48 47,002 164 (300)
 214 18 43 (1500) 47 54 302 14 32 436 514 70 97 670 88 709 27
 49 816 32 69 920 38 (600) 54 48,099 (300) 229 (1500) 36 96 345 454
 614 (300) 28 47 731 44 (300) 808 99 964 (300) 49,013 51 (600) 77
 82 129 (1500) 215 87 96 430 (3000) 84 543 767 96 842 986.
 50,018 21 36 (600) 55 (1500) 172 94 336 503 66 645 54 93
 719 91 817 22 28 (600) 51 (600) 57 61 904 56 51,005 (600) 163 79
 233 60 63 (300) 365 403 56 82 527 617 74 724 41 58 904 82 89
 52,054 109 54 60 262 80 405 34 42 92 512 26 (600) 30 73 79 620
 (600) 77 81 713 (15,000) 855 (1500) 59 90 906 53,029 46 109 (300)
 62 201 3 9 311 28 51 90 404 10 (1500) 510 606 34 54 (3000) 989
 94 (1500) 54,009 45 57 139 (300) 219 443 507 46 646 (300) 66
 790 865 903 42 (300) 55,013 117 31 37 (1500) 47 289 310 57
 445 (3000) 52 (600) 56 85 512 76 80 90 687 (600) 785 (300) 96 836
 44 (300) 55 908 48 (300) 64 56,002 7 52 103 (1500) 39 74 259 (300)
 98 495 511 15 82 655 745 (1500) 64 887 (300) 964 57,010 85
 109 62 64 70 90 (300) 251 401 13 40 513 36 49 69 610 40 85 729
 54 870 71 92 952 58,018 19 194 253 76 (300) 84 331 (300) 57 87
 416 508 13 15 31 40 63 669 (600) 714 69 71 73 82 (300) 837 95
 913 23 57 59,005 43 74 135 41 43 50 400 31 514 24 27 616 723
 26 63 827 67 921 32 (1500) 57 (600) 80.

60,139 62 (300) 86 (3000) 285 312 421 31 529 85 608 709 27
 (1500) 833 47 904 (600) 40 61,028 46 67 129 69 82 257 309 417
 43 534 604 18 42 709 13 43 (3000) 79 850 (1500) 62 902 21 23
 (300) 35 46 47 87 92 (1500) 62,024 58 61 149 59 (3000) 212 23 96
 337 58 80 429 34 51 68 92 96 508 617 52 718 86 89 (600) 821
 907 79 63,029 39 55 57 281 360 402 (6000) 69 78 504 86 (300)
 655 81 715 225 73 (1500) 914 72 (1500) 83 64,008 71 (300) 82 (300)
 207 57 (600) 302 9 27 426 38 43 622 24 28 43 44 630 41 58 84 89
 735 61 809 (300) 37 60 930 65,051 79 (3000) 148 460 73 555 (1500)
 57 645 53 (600) 75 93 727 804 34 64 978 95 66,002 67 91 146
 270 (300) 310 16 452 57 (300) 503 13 85 96 623 24 72 741 82
 (1500) 90 92 802 917 27 97 67,001 21 38 112 13 17 37 228 82
 362 (1500) 90 440 52 (300) 97 506 (300) 9 (600) 35 (600) 47 57 67 68
 77 83 748 899 973 68,142 85 92 242 (300) 351 66 77 78 95 411
 57 80 532 81 83 693 706 24 47 927 69,038 87 131 97 258 90
 95 (300) 98 551 87 722 911 30 39 81.

70,016 37 (300) 128 33 34 36 48 81 218 (300) 28 38 (300) 320
 53 (300) 537 (600) 60 (300) 647 (300) 64 96 723 51 88 835 937 (600)
 71,012 (300) 35 69 166 98 206 9 32 35 306 15 (3000) 90 (600) 493
 551 (300) 56 65 609 765 (600) 87 88 830 (300) 933 42 (300) 97
 72,004 153 414 34 36 504 625 (600) 83 (600) 747 (600) 72 806
 39 62 66 88 (3000) 90 900 53 (600) 73,007 (300) 50 68 231 34 63
 (300) 310 22 59 458 (300) 61 643 706 7 27 70 84 91 814 46 61
 68 (300) 905 43 74,062 161 (3000) 255 (300) 323 470 501 66 656
 71 75 719 50 (1500) 810 97 922 23 75,006 11 (600) 53 54 112 26
 33 67 90 218 43 (300) 323 435 (300) 51 (600) 75 532 51 63 600 3 4
 54 55 80 748 73 (600) 83 817 (300) 48 907 19 71 76,002 90 97 137
 53 (300) 99 277 91 (3000) 330 34 69 71 407 19 76 94 501 10 18 73
 650 (600) 66 96 700 (300) 46 78 842 967 77,013 207 59 68 (300)
 91 94 304 (600) 70 414 18 37 662 731 33 99 838 97 913 81 78,016
 (1500) 71 72 (1500) 277 (300) 79 85 325 414 88 500 20 23 73 81
 702 3 (600) 34 69 78 (3000) 87 856 (300) 82 919 (300) 70 99 (600)
 79,047 (600) 96 (1500) 280 90 358 60 (300) 64 430 57 501 (600) 41
 80 (300) 781 811 87 904 80.

80,015 78 136 280 333 87 96 405 508 66 85 617 23 (1500) 48
 49 60 (600) 732 88 93 830 917 (3000) 33 (3000) 80 83 81,192 215 32
 (600) 76 (600) 544 61 (1500) 603 32 73 83 94 786 91 98 889 967
 93 82,010 16 155 78 81 206 24 305 (300) 25 26 28 (6000) 55 83
 459 83 533 647 68 799 (300) 848 83,006 39 284 88 477 593
 611 (300) 59 60 796 890 84,100 35 228 41 46 351 64 67 (600) 68
 91 411 28 93 509 45 608 65 741 53 834 63 953 85,009 30 103
 20 211 19 (1500) 60 92 99 347 (1500) 89 92 (300) 526 56 87 606
 70 84 750 (600) 60 861 938 77 86,080 177 96 255 79 (300) 337
 56 401 516 36 83 (300) 649 779 825 73 87,027 31 47 212 32
 310 27 98 464 560 724 40 95 970 (300) 85 88,038 75 142 97
 204 60 314 22 494 583 635 707 32 845 89,047 104 32 82 222
 (600) 43 45 65 99 412 (300) 527 57 606 16 745 867 (1500)
 954 59 90.

90,015 24 (600) 143 (600) 44 73 93 232 35 50 56 307 (300) 470
 75 96 512 40 (600) 57 619 777 835 41 42 50 59 (300) 939 57
 91,003 (1500) 69 113 61 76 92 (600) 809 49 65 429 62 80 526 607
 (300) 15 (3000) 69 72 718 43 69 807 97 916 43 50 84 92,

Das englische Eisengeschäft. Aus Middlesborough wird die Zahlungseinstellung der Rosedale u. Ferrell Iron Company gemeldet. In einem den Creditoren der Firma zugestellten Circular wird die sehr gefährliche Lage des Eisenhandels, die vorläufig keine Aussicht auf Besserung gewahre, als Ursache der Zahlungseinstellung angegeben, aber gleichzeitig versichert, daß die Aktionen der Gesellschaft zur Erfüllung aller Verbindlichkeiten völlig hinreichend. Die Passiva stellen sich auf 220,000 Pf. St., die Activa werden auf 350,000 Pf. St. veranschlagt. Die Eigentümer der Eisengießereien und Schiffsbauwerken in Liverpool haben ihren Arbeitern angekündigt, daß die ungünstige Lage des Geschäfts sie nötige, vom 1. Jan. ab eine Heraufsetzung der Arbeitslöhne um 7½ % v. C. einzutreten zu lassen. Man glaubt, die Arbeiter werden sich der Maßregel mittelst eines Streites widersetzen.

S o m a n i s c h e s R e i c h .

P. C. Konstantinopel, 16. Jan. [Die russisch-türkischen Friedensverhandlungen. — Beziehungen zu Österreich und Griechenland. — Ostrumeli. — Ausschreitungen der Bulgaren.] Die türkisch-russischen Friedensverhandlungen würden beinahe an einer von Russland gestellten Bedingung gescheitert sein. Schon beim Beginn der Verhandlungen hatte Fürst Lobanoff eine wichtige Klausel in Aussicht gestellt, welche erst in einer der letzten Sitzungen vom Botschaftsrath Onou deutlich formulirt wurde. Diese Klausel soll folgendermaßen lauten: „Die beiden vertragsschließenden Parteien garantiren sich gegenseitig die strikte Ausführung des Berliner Vertrags in allen seinen Bestimmungen.“ Diese ziemlich inoffiziell formulirte Bedingung bringt eine Falle für die Türkei und eine Drohung gegen dieselbe in sich, was von den türkischen Staatsmännern sofort begriffen wurde. Sie sagten sich, daß die Türkei unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Pogramm gegenüber dem russischen Hertules ist. Wenn die Türkei den Berliner Vertrag nicht ausführt, wird Herkules mit Keulenhieben auf sie eindringen, wenn dagegen Herkules denselben Vertrag nicht ausführt und seine Verpflichtungen nicht einhält, können die Türken nichts anderes thun, als sich beschwören. Es ist richtig, daß mit dieser Klausel Russland ein sehr gefährliches Interventionrecht eingeräumt würde, das von demselben fortwährend gebraucht und missbraucht werden könnte. Infolge des entschiedenen Widerstandes der ottomanischen Bevollmächtigten hat Herr Onou in der gestrigen Sitzung diese Klausel wohl nicht zurückgezogen, aber erheblich gemildert. — Dass es übrigens doch bald zu einem Einvernehmen kommen werde, geht schon daraus hervor, daß General Selami Pascha den Befehl erhielt, sich mit 11 Bataillonen bereit zu halten, um zur Occupation Adrianopels schreiten zu können. — In den letzten Tagen hat der Sultan zu wiederholten Malem dem lebhaften Wunsch Ausdruck gegeben, mit Österreich-Ungarn freundliche und herzliche Beziehungen zu pflegen. Die betreffenden Verhandlungen wurden auch wieder aufgenommen und sollen die wichtigsten Punkte bereits geregelt sein. Nicht so günstig ist der augenblickliche Stand der griechischen Frage. Nachdem der ottomanische Commissär, Vahan Efendi (Armenier), seine Demission gegeben und die Pforte auf dessen Ersetzung verzichtet, wird die Türkei bei den Verhandlungen mit Griechenland nur durch zwei Muselmänner vertreten sein. Es wird wohl zu einer Intervention Europas kommen müssen, um diese Frage auf friedlichem Wege zu lösen. — Desgleichen hat man allgemein den Eindruck, daß die Signatarmäthe des Berliner Vertrages sich über eine gründliche Abänderung der Vertragsartikel betrifft Österreich zu verständigen haben werden. Alle Commissäre sind der Ansicht, daß es weder klug noch human wäre, dem Sultan das Garnisonrecht am Balkan zu belassen. Sie bereiten Anträge in diesem Sinne vor und bestreben sich, Mittel ausfindig zu machen, um die Türken zu überzeugen oder zu zwingen, die Benutzung ihres Rechtes zu vertragen. Einer der Commissäre will sogar den Türken die Verpflichtung auferlegen, Forts und Kasernen an den zu occupirenden Punkten zu errichten, bevor sie noch einmarschirt sind. Derselbe glaubt, die Türkei sei hierzu zu arm, folglich werde die Besetzung des Balkans unterbleiben. — Bekanntlich haben die Russen gegen die Wahl Rustem Pascha's zum General-Gouverneur von Österreich-Ungarn die Einwendung erhoben, daß er Katholik sei. Die Pforte gab hierauf zur Antwort, daß er gerade als Katholik unparteiischer sei und das Gleichgewicht zwischen Griechen und Bulgaren erhalten werde. Auch die europäischen Commissäre sind darin einig, daß in Österreich-Ungarn nur ein europäischer Gouverneur sich werde behaupten können. — Die zwischen Griechen und Bulgaren herrschende Antimilitärität hat am griechischen Neujahrstage in Adrianopel neuerdings zu bedauerlichen Ausschreitungen Anlaß gegeben. Bulgaren besetzten gewaltthätig eine Kirche, welche die Griechen als ihr Eigentum reklamirten, und nach dem Gottesdienste kam es vor der Kirche zu blutigen Raufereien zwischen beiden Nationalitäten. — Der Bischof von Varna wendete sich an den Patriarchen und an die Pforte und bat letztere, bei den russischen Behörden gegen diese Eigentumsverleugnung energisch zu protestiren.

Provinzial - Zeitung.

B. Breslau, 23. Jan. [Hochfeuer.] Heute früh kurz vor 2 Uhr bemerkte der in der Neuen Schweidnitzerstraße stationirte Nachtwächtmann Stadale, daß aus der an der Neuen Schweidnitzerstraße gelegenen Giebelstube des Hauses Lauenziplatz Nr. 1 Rauch und bald darauf auch helle Flamme schlug. Sofort gab er von dem an der nächsten Ecke befindlichen Feuer-Melde-Apparatus das Alarmzeichen nach der Hauptfeuerwache. Die Feuerwehr, unter Führung ihres Directors Herzog, war in wenigen Minuten an der Brandstelle. Doch schon hatten die Flammen fast den ganzen Dachstuhl des ziemlich umfangreichen Gebäudes ergriffen. Das Haus, Eigentum des Banquier Cohn, zählt nach dem Lauenziplatz 9 Fenster, nach der Neuen Schweidnitzerstraße 7 Fenster Front. Große Läden, sowie ein Wiener Café nehmen das Parterre ein. Erste und zweite Etage sind herrschaftliche Wohnungen mit Balkons an beiden Fronten des Hauses. Das fast flache Dach wird durch eine gemauerte Gallerie begrenzt. Außer zwei Giebelstuben enthält der dritte Stock nur wenige große Bodenräume, welche ebenso wie die vorerwähnten Stuben zum Theil von dem Dienstpersonal als Schlafstätte benutzt werden. Jenes Personal lag noch im tiefsten Schlaf, als mehrere Überwachtmänner den Herd des Feuers aussuchten. Aufs Schneidungsgetriebe geweckt, gelang es Allen unter Leib zu entkommen. Die Feuerwehr griff den Brand von 2 Seiten an. Während Schläuche über die nach dem Lauenziplatz gelegenen Treppen heraufgezogen wurden, stellte man auf der Neuen Schweidnitzerstraße die Mälzende Nettungsleiter auf. Schnell erstiegen von dort aus Feuerwehrmänner das Dach, und obgleich durch die Gluth und den Rauch großer Gefahr ausgesetzt, handhabten sie die über die Leiter gelegten Schläuche. Dadurch wurde es möglich, nach etwa einer Stunde des Feuers Herr zu werden. Um 4 Uhr verließen wir die Brandstelle. Die Gefahr war vorüber, wenngleich die Feuerwehr noch mehrere Stunden mit Löschungs- und Abräumungsarbeiten an zu thun haben wird. Die Entstehungsursache des Feuers ist bis jetzt nicht ermittelt worden; man nimmt als ziemlich sicher an, daß zunächst ein Schornsteinbrand entstanden sei und durch eine Reinigungshütte sich das Feuer in den oberen, unbewohnten Bodenraum verbreitet habe. — Während seitens der Polizei beide Inspectoren, Commissarien, Schulzleute und Criminalbeamte in großer Zahl zur Stelle waren, bestand das idyllistische Publizum nur aus wenigen Personen, welche sich in Rücksicht der herrschenden Kälte bald wieder entfernt.

H. Breslau, 22. Januar. [Gewerbeverein.] In der gestern Abend abgehaltenen allgemeinen Versammlung des Vereins machte der Vorsitzende, Gewerbeschul-Director Dr. Fiedler, zunächst Mitteilung über die Constitution des in der letzten Versammlung gewählten Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde für das laufende Geschäftsjahr Dr. Fiedler, zu dessen Stellvertreter Apotheker Müller gewählt. Als Schatzmeister fungirt der

bisherige Verwalter dieses Amtes, Kaufmann Kalinke, als Secretär. Geheimer Kleinführer, dem gleichzeitig auch die Redaktion des „Gewerbeblattes“ übertragen ist. Dem bisherigen Secretär und Redacteur des „Gewerbeblattes“ Dr. Schott wurde der Dank der Versammlung durch Erheben von den Plänen ausgesprochen. — Hierauf hielt Professor Dr. Hartmann-Schmidt einen außerordentlich instructiven und experimentellen Vortrag „Über die Farben des Lichts und der Wärme“. Eine längere Debatte entspans sich über den folgenden Gegenstand der Tagesordnung, „Bericht über den Beschlüsse des Vorstandes, die Bildung von Sectionen betreffend“. Die Anregung zu einer Bildung von Sectionen innerhalb des Gewerbevereins gab der vom Kunstmaler Kimbel gefestigte Antrag, betreffend die Bildung eines Zweigvereins speciell zur Förderung der künftig gewerblichen Interessen. Über die Stellung des Vorstandes des Gewerbevereins zu diesem Antrage referirte Baumeister Schmidt. Derselbe erkannte die volle Berechtigung des Kimbel'schen Antrages an und constatirte, daß die Bildung einer Section für Kunstgewerbe innerhalb des Gewerbevereins von dem Vorstande des letzteren mit Freuden begrüßt werde. Der Vorstand habe die Bildung von Sectionen innerhalb des Vereins generell geprüft und glaube, daß die Stellung der einzelnen Sectionen dem Hauptverein am zweckmäßigsten in der Sstellung der einzelnen Sectionen der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur an letzterer Gesellschaft analoge sei. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages erörterte der Referent die allgemeinen Grundsätze, welche der Vorstand bezüglich der Stellung dieser Sectionen des Gewerbevereins in Vorschlag bringt. Da die Beratung ein bestimmtes Resultat nicht ergab, so beschränkten wir uns darauf, diese Grundsätze im Allgemeinen zu stilisieren. Nach denselben soll der Antrag auf Bildung von Sectionen beim Vorstande von mindestens 10 Mitgliedern zu stellen sein. Nur Mitglieder des Breslauer Gewerbe-Vereins sollen solchen Fach-Sectionen beitreten können. Jedes Mitglied des Gewerbe-Vereins soll das Recht haben, an den Sitzungen der Sectionen Theil zu nehmen, während die Stimmberechtigung nur denjenigen zusteht, welche sich speziell zu der betreffenden Section gemeldet. Dem Vorstande des Gewerbevereins liegt die Sorge für Gewährung des Raumes zu den Sections-Sitzungen, deren Beleuchtung ic. ob, eben so für die Anzeige der Sections-Sitzungen betrieben können. Andere Kosten dürfen dem Hauptverein durch die Sectionen nicht erwachsen. Die Sitzungs-Protokolle der einzelnen Sectionen sollen dem Vorstande zur event. Benutzung für das Vereinsblatt zur Verfügung gestellt, eben so auch dem Vorstande nach Jahreschluss ein Jahresbericht über die Thätigkeit der Sectionen eingereicht werden. Die Bestimmung der Zahl und der Wahl ihrer Vorstands-Mitglieder (Secretaire), so wie die Feststellung der Geschäftsführung bleibt den Sectionen überlassen. Der Vorstand des Gewerbevereins resp. eine General-Versammlung des letzteren soll berechtigt sein, die Wirksamkeit der Sectionen zu suspendiren, sobald dieselben ihre vom Hauptverein zu genehmigende Constitution überschreiten oder die Vereinstendenzen zu widerstreiten.

Herr Kimbel bringt hierauf den Statutenentwurf eines Vereins für künftig gewerbliche Interessen zur Mittheilung. Nach diesem Entwurf würde es sich dabei nicht um eine Section des Gewerbevereins, sondern um einen neuen selbstständigen, neben dem Gewerbeverein hergehenden Verein handeln. Auf diesen Gegensatz weist namentlich Director Fiedler hin, welcher im Uebrigen dem neuen Verein seine lebhafte Unterstützung zusagt. Über den Entwurf des Herrn Kimbel und die Vorschläge des Vorstandes bezüglich der Bildung von Sectionen wurde lebhaft diskutirt und schließlich beschlossen, prinzipiell die Bildung von Sectionen überhaupt zu genehmigen und ferner den Vorstand zu ermächtigen, durch Delegirte mit den Vorstandsmitgliedern der bereits in der Bildung begriffenen Section, resp. des Vereins für künftig gewerbliche Interessen sich wegen Verabschaffung eines Entwurfs für die Verabschaffung der Sectionen in Verbindung zu setzen und event. eine Einigung in dem vorläufig noch in manchen wesentlichen Punkten divergirenden Auschauungen zu erzielen. Bei der vorgerückten Zeit wurde der auch auf der Tagesordnung stehende Bericht des Vorstandes, die Ration des „Gewerbeblattes“ betreffend, bis zur nächsten Sitzung verschoben.

S. Striegau, 22. Jan. [Bürgermeisterwahl.] Als Hauptgegenstand der für heute Nachmittag anberaumten außerordentlichen Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums stand die Wahl eines neuen Bürgermeisters an Stelle des abgegangenen Bürgermeisters, Dr. Vinzel, auf der Tagesordnung. Zu dieser für die Commune höchst wichtigen Wahlhandlung hatten sich die Stadtverordneten vollständig eingefunden. Nachdem von Seiten des Vorstandes die einschlägigen Paragraphen der Städteordnung zur Kenntnis der Versammlung gebracht worden, erfolgte der Wahlact. Derselbe ergab, wie bereits gemeldet, die Einstimmigkeit für den bisherigen beauftragten Begeordneten Herrn Werner aus Küstrin. Die Nominierung von zwei Nebenkandidaten hatte unter diesen Umständen nur eine formelle Bedeutung. Der Gewählte wurde von dem Wahlresultat sofort telegraphisch in Kenntniß gesetzt. — Im vergangenen Jahre hielt die Stadtverordneten-Versammlung 15 Sitzungen ab, wobei 249 Vorlagen und zwar 45 durch Kenntnisnahme und 204 durch Beschlüsse erledigt wurden. Die Beteiligung der Stadtverordneten an den Sitzungen betrug durchschnittlich 92 Prozent.

J. P. Glatz, 21. Jan. [Verwaltungsbericht.] Zum ersten Male ist ein Verwaltungsbericht des Magistrats im Druck erschienen. Es ist dieser vom Bürgermeister Herrn Schüler ausgearbeiteter resp. zusammengestellter Bericht pro 1877 und I. Quartal 1878. Derselbe umfaßt nicht weniger als 5½ Bogen oder 44 Seiten und ist so vollständig und mit einer so großen Mühe und Sorgfalt ausgearbeitet, daß dies rühmend anzuerkannt werden muß. Nach diesem Bericht beträgt der Flächenraum des Gebietes der Stadt Glatz 2320,1 Hectare, und zwar 2128,6 Hectare Ackerland, Weizen und Holzungen und 191,5 Hectare Wege, Eisenbahn, Kirchöfe, Plätze, Flüsse, Hof- und Gebäudeflächen nebst Gärten mit 23.977 Thalerheimertrag und 6887 Mark Jahresertrag der Grundsteuer, sowie 1374 Gebäude, darunter 649 Wohnhäuser mit 9792 Mark Jahresbetrag der Gebäudesteuer. Nachdem durch Allerhöchste Cabinettsordre vom 18. Januar 1877 die Schleifung der Stadtbefestigung genehmigt und die Rayonverhältnisse im September 1877 anderweit regulirt waren, wurde auf Grund des von den städtischen Behörden beschlossenen und vom Bezirksrat genehmigten Ortsstatuts, die Anlegung und Veränderung der Straßen und Plätze betreffend, ein Stadtbebauungsplan für das mit Bausfreiheit ausgestattete Terrain vor dem Grünen Thor entworfen, welches öffentlich ausgeleget hat und gegen welchen von keiner Seite Widerspruch erhoben worden ist. Da das Terrain zwischen dem Grünen Thor und der Querpassage vermöge seiner sonnigen und gesunden Lage vor Allem dazu geeignet ist, hier einen neuen Stadtteil zu schaffen, welcher gleichzeitig groß genug ist, um dem dringenden Bedürfnisse einer Erweiterung der Stadt auf sehr lange Zeit abzuhelfen, so ist wohl anzunehmen, daß auch die Bebauung dieses Stadttheils rasche Fortschritte machen wird, so bald nur erst die dem Verkehr so sehr hinderlichen Thorpassagen beseitigt sein werden. Schon ist der Anfang durch Errichtung des Post- und Telegraphen-Amtes-Gebäudes, sowie des Kreishauses und einiger Privathäuser gemacht. Aufgabe des städtischen Behörden wird es sein, durch zweckmäßige Anlage der Canäle und der Straßenbeleuchtung, durch Wasserleitung und Straßenpflasterung die Baulust zu unterstützen und den Gesundheits- und sonstigen polizeilichen Interessen von vornherein genügend Rechnung zu tragen. Was die Befestigung der Thorpassagen anbelangt — heißt es in dem Bericht — „so schweben deshalb Verhandlungen mit dem Kriegsministerium nun schon seit dem Jahre 1875, ohne zu einem gedeihlichen Ende geführt zu haben, weil Seitens des Kriegsministeriums eine jede rechtliche Verpflichtung zu der Verbreiterung der ganz polizeiwidrig engen und noch dazu schiefwinkligen Thorpassagen auf Kosten des Reiches in Abrede gestellt und behauptet wird, daß der durch Art. IV, al. 2 des Reichsgesetzes vom 30. Mai 1873 den deutschen Reichsfestungen gewährleistete Anspruch der Stadt Glatz nicht zu Gute komme, da die selbe inzwischen aufgehört habe, Reichsfestung zu sein. Da indessen die Stadt noch bis zum 18. Januar 1877 eine Reichsfestung war und der Anspruch schon im Jahre 1875 geltend gemacht und keineswegs darauf verzichtet ist, so hofft Magistrat von dem Bundesamt, an welches derselbe recurrit hat, einen der Stadt günstigen Bescheid zu erhalten. Erst nachdem endgültig festgestellt ist, welche Rechte und Pflichten dem Deutschen Reich und der Stadt zustehen, können die Vergleichs-Verhandlungen unter Abwägung der beiderseitigen Interessen wieder aufgenommen werden und ist nicht zu zweifeln, daß dann auch eine gütliche, beide Theile befriedigende Einigung rasch zu Stande kommen wird.“

+++ Bernstadt, 21. Jan. [Jubiläum.] Zum Uhrendiebstahl. Gestern feierte der gegenwärtige Stadtverordneten-Vorsteher und Controleur Herr Rudolph Schenck sein 25jähriges Jubiläum als Stadtverordneter der Commune Bernstadt. Nachdem Herr Schenck bereits am frühen Morgen von seinen vielen Verwandten und Freunden Geschenke und Gratulationen dargebracht worden waren, erschienen auch die städtischen Beamten zur Gratulation, ferner die evangelischen Herren Geistlichen, dann eine Deputation der Freiwilligen Feuerwehr, deren Vorsitzender der Jubilar ist. Ferner wurde derselbe von einem Männerchor unter Leitung des Cantor August durch das schöne Lied: „Gott grüße Dich!“ und durch eine Marschner'sche Composition, wozu Herr Hector Waidler den

Text gedichtet hatte, begrüßt. Endlich erschien auch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten und überreichte ihm unter herzlichen Glückwünschen durch Herrn Bürgermeister Dr. Fabricius eine prachtvolle goldene Taschenuhr. Der Jubilar dankte in bewegten Worten für alle diese Überraschungen u. Abends fand im Hotel „Zum blauen Hirte“ zu Ehren des Jubilars ein Diner statt, bei welchem über 70 Personen teilnahmen. Verschiedene, theils ernste, theils scherhafteste Toaste, sowie ein launiges Tafelleder und endlich ein Gedicht in schlesischer Mundart (leichteres von Herrn Woch) würzen das Mahl. — Zum Uhrendiebstahl muß bemerkt werden, daß das gestohlene Objekt durch die bekannte Umfahrt und Schauheit des Herrn Gendarm Schrammel gestern bei einem Handelsmann in Namslau beschlagnahmt und der Polizeibehörde übergeben worden ist.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Y. Kroton, 21. Jan. [Verschiedenes.] Der Kaufmann Herr Moritz Lubmann wurde heute an Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Colonial-Waaren-Händler C. L. Weichhan mit allen abgegebenen Stimmen zum Stadtverordneten gewählt. — Zum Beeten des Fonds für das Krieger-Denkmal finden wöchentlich sehr interessante Vorträge statt, welche äußerst stark frequentirt werden. — Concerte und Eis-Corso-Fahrten bieten jetzt hier viel Abwechslung. — Der hierige „Liebderverein“ feiert nächsten Sonntag sein Stiftungsfest durch einen großen Ball. — Zwei Ulanen der hierigen Garnison haben sich vor einigen Tagen erhängt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau)

Luxemburg, 22. Jan. Die Leiche des Prinzen Heinrich ist heute Nachmittag 2 Uhr hier eingetroffen. Dieselbe bleibt bis zum nächsten Freitag hier. Die Gemahlin des Prinzen Heinrich begibt sich morgen mit ihrem Vater nach dem Haag.

Wien, 22. Jan. Die „Polit. Corresp.“ meldet officiell: Morgen treffen in Wien die Vertreter der ungarischen Regierung ein zu den gestern angekündigten Besprechungen über die Maßnahmen, welche gegen die Pest in Russland zu ergreifen sind. Die erste gemeinsame Besprechung findet am 24. d. unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten statt. — Weitere Meldungen der „Polit. Corresp.“ Aus Konstantinopel von heute: Die gestrige Conferenz zwischen den russischen und türkischen Bevollmächtigten führte anscheinend noch nicht zur Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrages. — Die auf Anordnung des Großherzogs eingesetzte Commission zur Vorberatung der Reform des Steuerwesens und der Verwaltung der Zolleinnahmen wird unverzüglich ihre Vorschläge einreichen. — Dem Vernehmen nach wird der Finanzminister zuhst Bey seine Demission nehmen und durch den egypischen Prinzen Halim Pascha ersetzt werden. — Der demnächst hier erwartete tunesische Gesandte soll mit einer besonderen Mission des Bey von Tunis an die Pforte betraut sein. — Aus Belgrad von heute: Die Skupschitsa hat die Verlängerung des Moratoriums für die von dem Kriege des Jahres 1876 in den Grenzdistrikten betroffenen bis zum October 1879 genehmigt. Der ehemalige Kriegsminister Oberst Sava Grlic ist zum serbischen Gesandten in Petersburg ernannt worden. — Aus Kattaro: Die in Seutari weilenden türkischen Commissäre für die Regulirung der montenegrinischen Grenze haben sich mit dem Generalgouverneur von Albanien in Verbindung gesetzt.

Rom, 22. Jan. Senat. In der fortgesetzten Debatte über die äußere Politik erklärte Depretis, das Prinzip religiöser Freiheit sei Bedingung für die Anerkennung Serbiens und Rumäniens. Es sei im Interesse Italiens, daß bezüglich der Regenschaft in Tunis eine radikale Änderung eintrete. Die Regierung wird über die Ausführung des gesammten Berliner Vertrages loyal machen. Hierauf wird die von Depretis acceptirte Tagesordnung Montezemelo's angenommen.

London, 22. Jan. Bei der heute in Nord-Norfolk stattgehabten Wahl eines Deputierten wurde der conservative Candidat Birbeck mit 2742 Stimmen gewählt. Der Candidat der Liberalen, Barton, erhielt 2252 Stimmen.

Madrid, 22. Jan. Die von der Zeitung „L'Italie“ gebrachten, von anderen auswärtigen Blättern verbreiteten Nachrichten über Conflicte zwischen Öffizieren der Cavallerie und Artillerie der spanischen Armee, sowie über einen stattgehabten Fall der Insubordination werden von Seiten der Regierung für unbegründet erklärt. Seit der Thronbesteigung des Königs hätten die Truppen des spanischen Heeres durch ihre Subordination und Mannschaft die Achtung, welche sie ihrem obersten Kriegsherrn schuldig seien, niemals aus den Augen gesetzt.

Petersburg, 22. Januar. Der „Golos“ erfährt, vom General-Gouverneur Ostibiriens, Baron Frederiko, sei die authentische Meldung über die Expedition Nordenskiold's eingelangt, wonach der Dampfer „Vega“ 40 Meilen vom Ostcap im Eise eingeschlossen ist. Die Behörden von Pakist sind angewiesen, die gefährliche Lage des Dampfers den Eingeborenen sofort anzugeben und die Leute aufzufordern, der Expedition Hilfe zu leisten. Gleichzeitig wurde eine besondere Expedition organisirt, welche versuchen wird, die „Vega“ per Eisweg auf Kenntnissen oder Hunden zu erreichen. Man befürchtet jedoch, die Hilfe würde zu spät kommen. Ein Schiff aus der Flottille im Stillen Ocean geht demnächst in die Beringstraße ab, um zu versuchen, die „Vega“ vom Eise zu befreien oder die Equipage zu retten.

Konstantinopel, 22. Jan. Savet Pascha ist nach Paris abgereist und Karli Pascha von dort hier eingetroffen. — Das Gericht von Pestfällen am Bosporus und in Saloniki erweist sich als gänzlich unbegründet. Die Pforte hat geschlossen, Vorsichtsmaßregeln gegen die Pest zu ergreifen.

Southampton, 22. Januar. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Donau“ ist hier eingetroffen.

* Breslau, 23. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Gefäßstädtler im Allgemeinen schleppend, bei schwachem Angebot Preise unverändert.

Weizen in matter Stimmung, vr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,30—15,70—17,00 Mark, neuer gelber 13,00—15,40 bis 16,40 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung,

